



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Bergneustadt

SPD-Bergneustadt- Ratsfraktion -

Bürgermeister der Stadt Bergneustadt
Herrn Wilfried Holberg
Kölner Str. 256
51702 Bergneustadt

Bergneustadt, den 05.03.2019

Antrag der SPD Fraktion -
Solidaritätsverlautbarung des Stadtrates der Stadt Bergneustadt mit der Bewegung „Fridays for Future“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD bittet, den folgenden Resolutionstext dem Schulausschuss am 13.3.2019 und dem Rat am 22.5.2019 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Rat der Stadt Bergneustadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt Bergneustadt begrüßt die Proteste der Jugend für mehr Klimaschutz und erklärt sich mit der Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ solidarisch. Auch Schülerinnen und Schüler aus Bergneustadt setzen sich für mehr Klimaschutz ein und verdienen Anerkennung und Unterstützung durch die gewählte Bürgervertretung.

Begründung

Das Hauptargument der Bewegung, dass jegliche Bildungsbemühungen angesichts der drohenden Klimakatastrophe an deren Ende ein zerstörter Planet stehen wird sinnlos sind, ist in seiner Logik nicht zu widerlegen. Bildung ist auf Zukunft ausgerichtet; gibt es keine Zukunft, braucht es keine Bildung. So einfach ist das tatsächlich.

Die Generation der Erwachsenen liefert bislang kein gutes Vorbild. Die Klimaschutzbemühungen der Bundesregierungen greifen deutlich zu kurz und haben sogar den Ehrgeiz verloren, einst selbstgesteckte Ziele zu erreichen. Zur Erinnerung: Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 sollte 2020 erreicht werden. Wir werden dieses Ziel verfehlen und das ist schändlich!

Der Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 wird als Kompromiss und als Zeichen der Beweglichkeit der Politik gefeiert, jedoch sind sich Fachleute darin einig, dass der Ausstieg erstens technisch deutlich früher machbar wäre und daher zweitens zu langsam vorangeht. Die ist umso beklagenswerter, als dass Umfragen zeigen, dass ein früherer Ausstieg aus der Kohleverstromung gesellschaftlich mehrheitsfähig und erwünscht ist. Warum also dieser mangelhafte Kompromiss?

SPD-Ratsfraktion
Vorsitzender: Thomas Stamm
Auf dem Stein 20

Tel. p.: 02261-949010
Tel. m.: 0178-069013
E-Mail: post@trnstamm.de



Das Klima macht keine Kompromisse und macht nicht an unserer Stadtgrenze halt. Dies hat die ausgetrocknete Dörspe im Dürresommer 2018 eindrucksvoll gezeigt. Die Bilanz der Politik in Sachen Klimaschutz ist mehr als dürftig und es drängt sich der Eindruck auf, dass Klimaschutz als politisches Ziel für die handelnden Akteure kein ernsthaftes Ziel ist, das auch erreicht werden soll. Warum sollten angesichts Kinder und Jugendliche, sprich Schülerinnen und Schüler, also den Schulbesuch als ernsthaftes Ziel verfolgen?

Es steht außer Frage, dass das Engagement der Jugendlichen für Klimaschutz nur deshalb so viel mediale und politische Aufmerksamkeit erhält, da Schüler freitags vormittags streiken, anstatt zur Schule zu gehen. Täten sie dieses nicht, würde über sie wohl kaum so ausführlich berichtet. Eine Demonstration von Schülern in der unterrichtsfreien Zeit am Nachmittag wäre für die Medien und die Politik ähnlich interessant, wie ein Streik der IG-Metall am Sonntag.

Kindern und Jugendlichen wird das Recht zur politischen Partizipation so nur bedingt zugesprochen. Wählen dürfen Kinder und Jugendliche aufgrund angeblich „mangelnder geistiger Reife“ ohnehin nicht. Dabei haben sie nur verstanden, dass man an dem Ast sägt, auf dem man sitzt, oder die Natur zerstört, die einen nährt.

Wann wird ein Streik nun beendet? Ein Streik wird beendet, wenn man die streitenden Parteien eine Einigung erzielen können. Den Streikenden muss also ein ernsthaftes Angebot unterbreitet werden. Wie könnte ein solches Angebot lauten?

Die Politik muss glaubhaft machen, dass sie gewillt ist, bei allen ihren Entscheidungen klimapolitischen Überlegungen oberste Priorität einzuräumen. Gesellschaft und Politik müssen ökologische Nachhaltigkeit zur Zukunftssicherung der nachkommenden Generationen zum obersten Maßstab ihres Denkens und Handelns machen. Dieses Versprechen muss die Politik der Jugend glaubhaft geben. Wenn Kinder und Jugendliche sehen, dass sie eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten Erde haben werden, werden sie auch sicher wieder einen Sinn in der schulischen Bildung sehen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas M. Stamm